

Initiativantrag

**der unterzeichneten freiheitlichen Abgeordneten
betreffend**

**wirksame Maßnahmen zur Bewältigung des Flüchtlingsansturms in die Mitgliedsstaaten
der Europäischen Union**

**Gemäß § 25 Abs. 6 der Landtagsgeschäftsordnung wird dieser Antrag als dringlich
bezeichnet.**

Der Oö. Landtag möge beschließen:

Resolution

Die Oö. Landesregierung wird aufgefordert, sich bei der Bundesregierung dafür einzusetzen, dass sich diese bei Verhandlungen mit den Mitgliedsstaaten der Europäischen Union sowie innerhalb der Gremien der Europäischen Union dafür einsetzt, dass

1. Aufnahmezentren in Nordafrika und dem Nahen Osten bzw. an den Außengrenzen der Europäischen Union eingerichtet werden,
2. in diesen Zentren die erste Prüfung der Asylberechtigung durchgeführt wird, und
3. die Asylberechtigten mit einem fairen Verteilungsschlüssel auf die Mitgliedsstaaten der Europäischen Union aufgeteilt werden.

Begründung

Auf Grund der zahlreichen Konflikte in Nordafrika und dem Nahen Osten wächst die Flüchtlingswelle nach Europa rasch an. Zusätzlich wird die Aufnahmefähigkeit Europas auch noch durch die stark steigende Wirtschaftsmigration an ihre Grenzen geführt. Die Migration verteilt sich derzeit äußerst ungleich auf die Mitgliedsstaaten der Europäischen Union und belastet vor allem Staaten mit gut ausgebautem Sozialsystem über Gebühr.

Die Zuwanderung fokussiert sich hierbei vor allem auf die Staaten Nord- und Mitteleuropas. Die EU-Mitgliedsstaaten an der südlichen Peripherie Europas erweisen

sich mit der Überwachung der Außengrenzen der Union zusehends überfordert. Zahlreiche Asylwerber betrachten die südeuropäischen Staaten lediglich als Transitländer auf ihrem Weg nach Norden. Das Regime von Dublin III ist weitgehend außer Kraft gesetzt. Experten sprechen sogar von einem eindeutigen Bruch des Dublin-Abkommens.

Der hohe Migrationsdruck auf einige wenige Staaten bedroht auf Dauer den sozialen Zusammenhalt innerhalb der aufnehmenden Gesellschaften und setzt diese darüber hinaus einer bedeutenden finanziellen Belastung aus. Um diesem Ungleichgewicht der Belastungen begegnen zu können, ist es daher erforderlich, Aufnahmezentren in Nordafrika und dem Nahen Osten bzw. an den Außengrenzen der Europäischen Union zu errichten.

In diesen Zentren soll die Erstprüfung der Asylanträge durchgeführt werden. Nach einem allfälligen positiven Asyl-Bescheid sollen die Asylberechtigten nach einem fixen Schlüssel auf alle Mitgliedsstaaten der Union aufgeteilt werden.

Linz, am 19.05.2015

(Anm.: FPÖ-Fraktion)

Steinkellner, Klinger, Wall, Cramer, Povysil, Nerat, Lackner, Mahr, Schießl